I N S T I T U T F Ü R D E M O S K O P I E A L L E N S B A C H

Sorgen über Wirtschaft und Staatsfinanzen

Vertraulich!

Nachdruck, Vervielfältigung oder Veröffentlichung dieser Daten, ganz oder teilweise, nur mit Genehmigung des INSTITUTS FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

I N H A L T

Seite

VORBEMERKUNG 1

PESSIMISTISCHE EINSCHÄTZUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN PERSPEKTIVEN 2

Die Agenda der Bürger für mehr Wachstum 5

WACHSENDE SORGEN ÜBER DIE STAATSVERSCHULDUNG 10

MIT SPARPROGRAMMEN TUT SICH DIE BEVÖLKERUNG SCHWER 19

Bereiche, in denen die Bürger Sparmaßnahmen unterstützen 21

Breite Unterstützung für Mehrausgaben in mehreren Politikfeldern 23

ANHANG

Untersuchungsdaten
Statistik der befragten Personengruppe
Fragebogen mit Anlagen

VORBEMERKUNG

In den vergangenen Jahren ist die deutsche Wirtschaft nur noch marginal gewachsen. Überregulierung, hohe Kosten, hohe und weiter steigende Steuern und Sozialabgaben begrenzen den Spielraum der Unternehmen für Investitionen. Gleichzeitig belasten die hohen Schulden die staatlichen Haushalte und verengen auch langfristig die Handlungsspielräume für die nächste Generation. Die Bürger sind über diese Entwicklungen zunehmend beunruhigt und verlieren das Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit des Landes.

Dies zeigt eine aktuelle Studie, die das Institut für Demoskopie Allensbach im Auftrag von Gesamtmetall, den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie, durchgeführt hat. In einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage wurde untersucht, wie die Bürger die mehrjährige Wachstumsschwäche bewerten, welchen Stellenwert sie Wachstum generell beimessen und wie weit sie einen Zusammenhang zwischen soliden Staatsfinanzen und der wirtschaftlichen Entwicklung herstellen.

Die Ergebnisse bestätigen einmal mehr, dass das Urteilsvermögen der Bevölkerung oft unterschätzt wird – aber auch, dass Maßnahmen zur Gesundung der Wirtschaft wie auch die Ausgabenpolitik des Staates in hohem Maße auf interessengebundene Reaktionen treffen.

Die Studie stützt sich auf 1040 Interviews mit einem repräsentativen Querschnitt der Bevölkerung ab 16 Jahre. Die Untersuchungsdaten und die Fragen im Wortlaut sind im Anhang dokumentiert, die vorliegende Analyse ergänzt ein Tabellenband, der alle Ergebnisse nach soziodemografischen und analytischen Untergruppen untergliedert dokumentiert.

Allensbach am Bodensee,
am 31. August 2026 INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

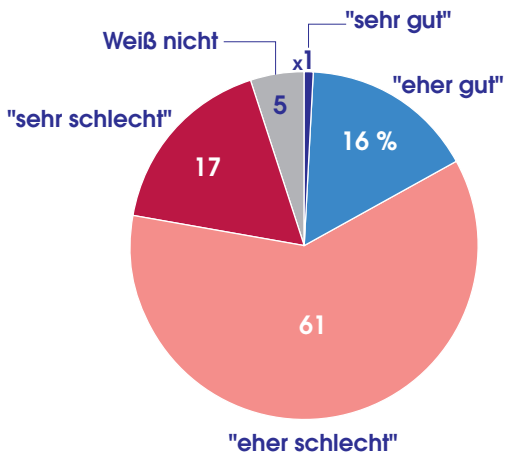
PESSIMISTISCHE EINSCHÄTZUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN PERSPEKTIVEN

Die große Mehrheit der Bevölkerung sieht die derzeitige wirtschaftliche Lage kritisch und erwartet in absehbarer Zeit auch keine grundlegende Besserung: 78 Prozent halten die aktuelle wirtschaftliche Lage für unbefriedigend, nur 17 Prozent für zufriedenstellend.

Schaubild 1

Besorgter Blick auf die Wirtschaft

Frage: "Wie beurteilen Sie ganz allgemein die aktuelle wirtschaftliche Lage in Deutschland? Würden Sie sagen, die wirtschaftliche Lage ist ..."



x = keine Angabe, weniger als 0,5 Prozent

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021

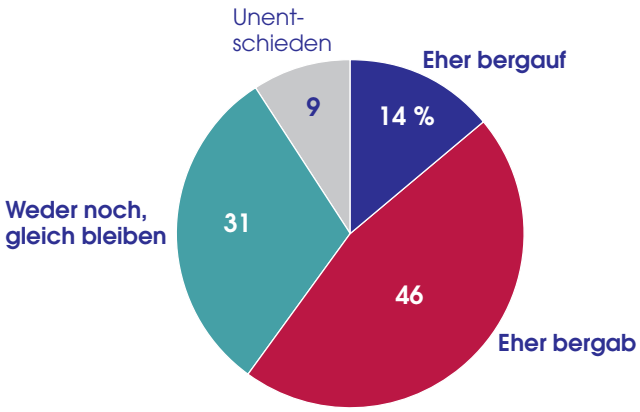
© IfD-Allensbach

Nur eine Minderheit hat die Hoffnung, dass sich daran in naher Zukunft etwas ändert. 14 Prozent rechnen für die kommenden 12 Monate mit einem Aufwärtstrend, dagegen 46 Prozent eher mit einem Rückgang der wirtschaftlichen Leistung, 31 Prozent mit einer unveränderten und damit unbefriedigenden Situation.

Schaubild 2

Wenig Hoffnung auf baldige Besserung ...

Frage: "Wie sehen Sie unsere wirtschaftliche Entwicklung: Glauben Sie, dass es mit unserer Wirtschaft in den nächsten 12 Monaten eher bergauf oder eher bergab geht?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021

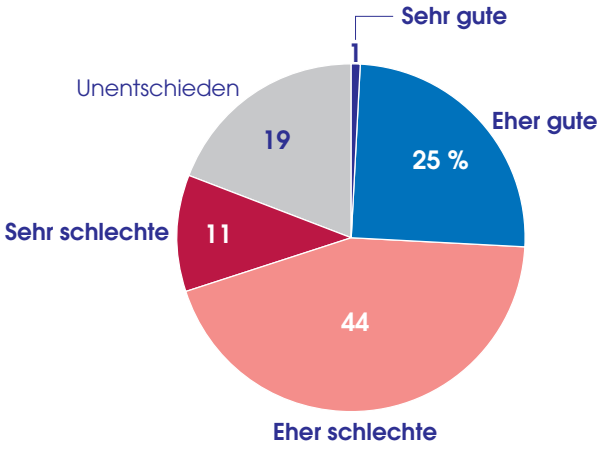
© IfD-Allensbach

Nach der mehrjährigen Wachstumsschwäche zweifelt die Mehrheit auch an den mittel- und längerfristigen Perspektiven. Nur 26 Prozent sind überzeugt, dass die deutsche Wirtschaft sich auf Sicht der nächsten 5 bis 10 Jahre positiv entwickeln wird, während 44 Prozent auch hier skeptisch sind. Insbesondere in den schwächeren sozialen Schichten überwiegt die Skepsis bei Weitem, in den höheren sozialen Schichten dagegen nur knapp.

Schaubild 3

... und auch mittelfristig Skepsis

Frage: "Wie schätzen Sie die Zukunftsaussichten der Wirtschaft in Deutschland in den nächsten 5 bis 10 Jahren ein: Hat die deutsche Wirtschaft Ihrer Meinung nach sehr gute, eher gute, eher schlechte oder sehr schlechte Zukunftsaussichten?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021

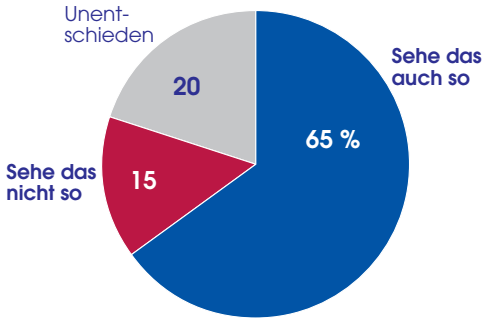
© IfD-Allensbach

Gleichzeitig ist der überwältigenden Mehrheit die Bedeutung von wirtschaftlichem Wachstum durchaus bewusst. Die gelegentlich in der öffentlichen Debatte vertretene Position, dass Wachstum für ein Land mit dem Wohlstandsniveau von Deutschland von untergeordneter Bedeutung sei und dass es primär darum gehe, den erreichten Wohlstand gerecht zu verteilen, hat in der Bevölkerung nur wenig Rückhalt: 65 Prozent sind überzeugt, dass Wachstum notwendig ist, um das erreichte Wohlstandsniveau zu halten und möglichst zu erhöhen. Genauso halten knapp zwei Drittel Wachstum für eine zukunftsfeste Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme für unabdingbar. Dies ist breiter Konsens quer über alle sozialen Schichten hinweg.

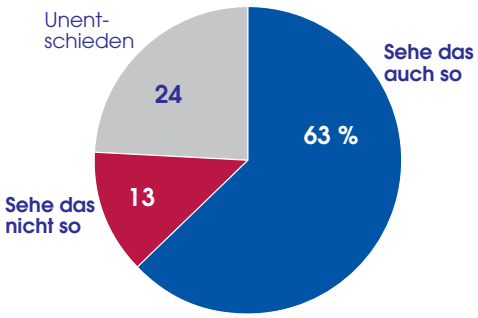
Schaubild 4

Wachstum – zentral für Wohlstand und soziale Absicherung

Frage: "Wenn jemand sagt: Nur durch Wirtschaftswachstum lässt sich unser **Wohlstand** überhaupt erst erhalten und erhöhen. Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"



Frage: "Wenn jemand sagt: Nur durch Wirtschaftswachstum lässt sich unser **soziales Sicherungssystem** überhaupt erst erhalten und ausbauen. Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021

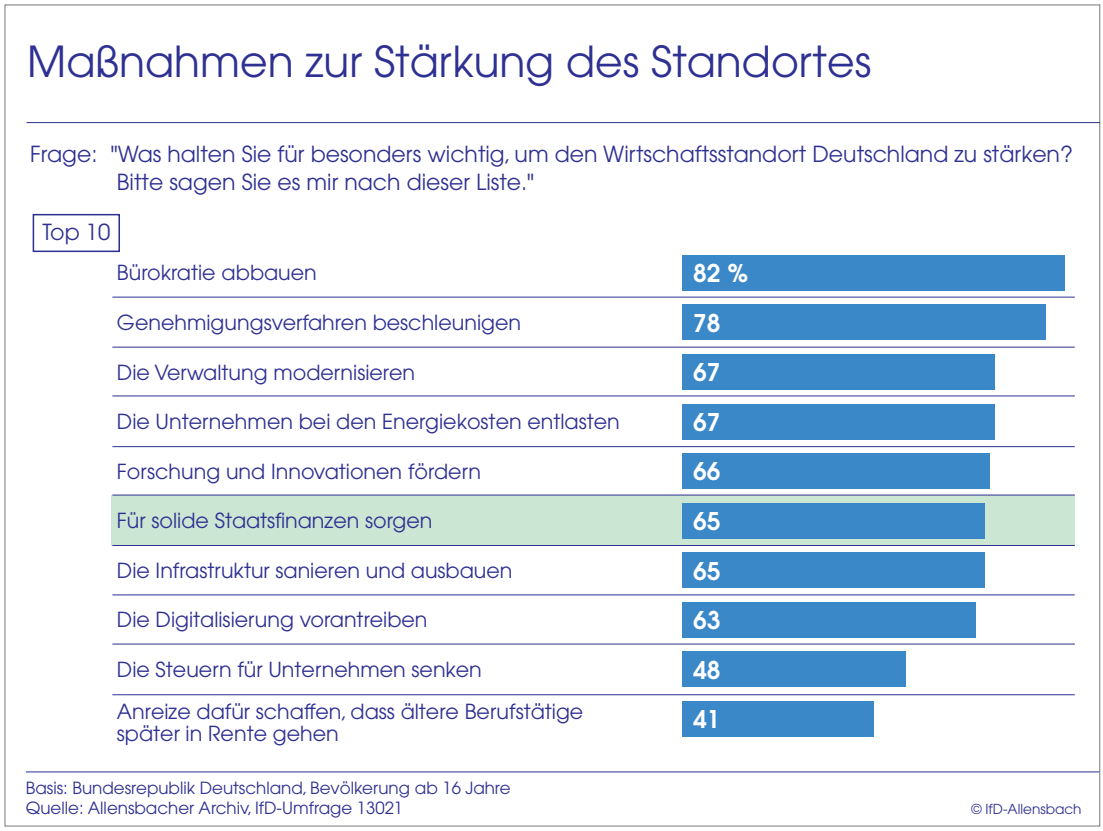
© IfD-Allensbach

Die Agenda der Bürger für mehr Wachstum

Aus der Sicht der Bürger muss vieles geschehen, um die deutsche Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen und den Standort zu stärken – vor allem der Abbau von Bürokratie, eine Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und die Modernisierung der Verwaltung, also umfassende Reformen des Staates selbst und eine Neudefinition seiner Rolle; der Abbau von Bürokratie wird nur gelingen, wenn der Staat sich auf allen Ebenen stärker zurücknimmt und Unternehmen und Bürgern mehr zutraut und Freiräume lässt. Bisher haben die Bürger trotz aller Beteuerungen der politisch Verantwortlichen den Eindruck, dass die staatliche Regulierung immer mehr ausgeweitet wird.

Neben der Reform staatlicher Regulierung und Abläufe halten die Bürger für besonders wichtig, die Unternehmen bei den Energiekosten zu entlasten, Forschung und Innovationen zu fördern, die Digitalisierung voranzutreiben, die Infrastruktur zu sanieren und für solide Staatsfinanzen zu sorgen. Durchgängig sind zwei Drittel der Bevölkerung überzeugt, dass diese Maßnahmen besonders wichtig sind, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken. Jeder Zweite setzt darüber hinaus auf die Senkung von Unternehmenssteuern, 41 Prozent auf Anreize, dass ältere Berufstätige den Ausstieg aus dem Beruf verschieben.

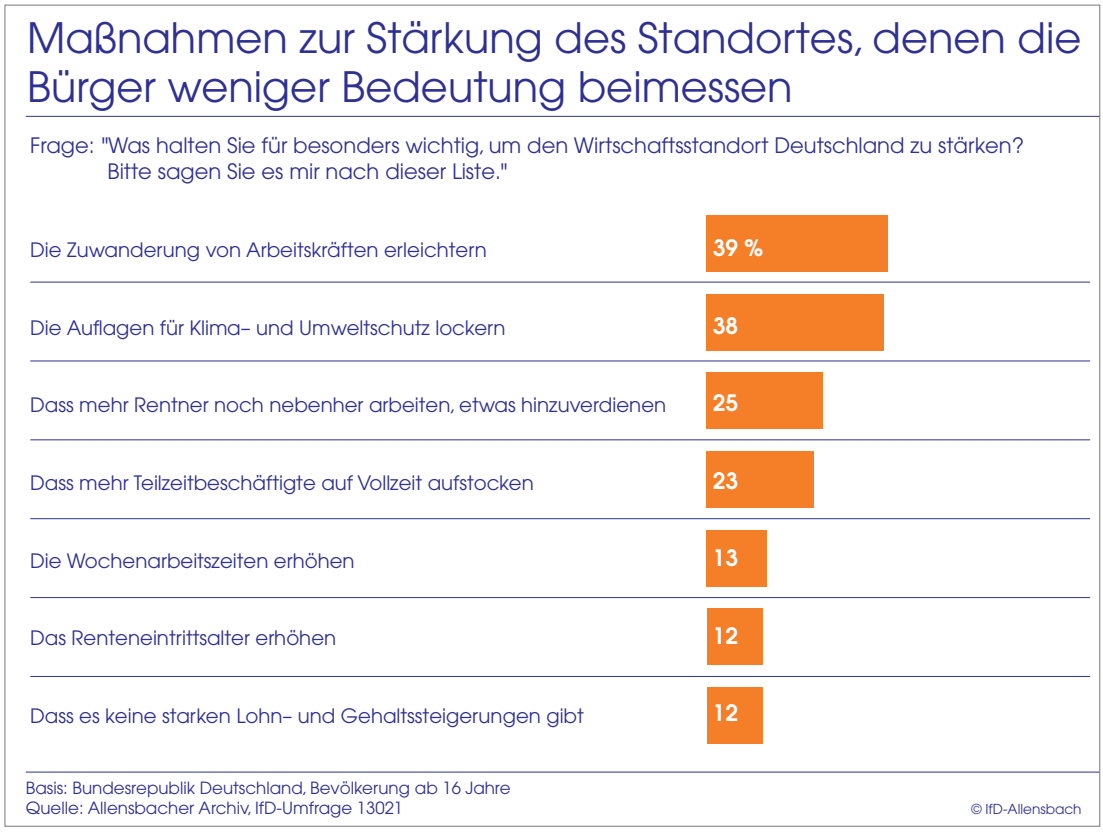
Schaubild 5



Die TOP 10 der Agenda der Bevölkerung zeigen, dass die große Mehrheit durchaus weiß, was die Unternehmen belastet und Investitionen hemmt. Aber all diese Maßnahmen verbindet auch, dass sie nicht in Besitzstände der Bürger selbst eingreifen. Wie stark diese Perspektive die Reaktionen beeinflussen, macht die Bewertung aller Maßnahmen deutlich, bei denen die Bürger eine Kollision mit ihren

Interessen erwarten oder zumindest für möglich halten. So hält nur es nur jeder Achte zu Stärkung des Standortes für geboten, das Renteneintrittsalter zu erhöhen und hohe Lohn- und Gehaltssteigerungen zu vermeiden; lediglich 13 Prozent sehen in der Erhöhung der Wochenarbeitszeiten eine wesentliche Maßnahme zur Stärkung des Standortes, 23 Prozent in der verstärkten Umwandlung von Teilzeit- in Vollzeittätigkeiten.

Schaubild 6



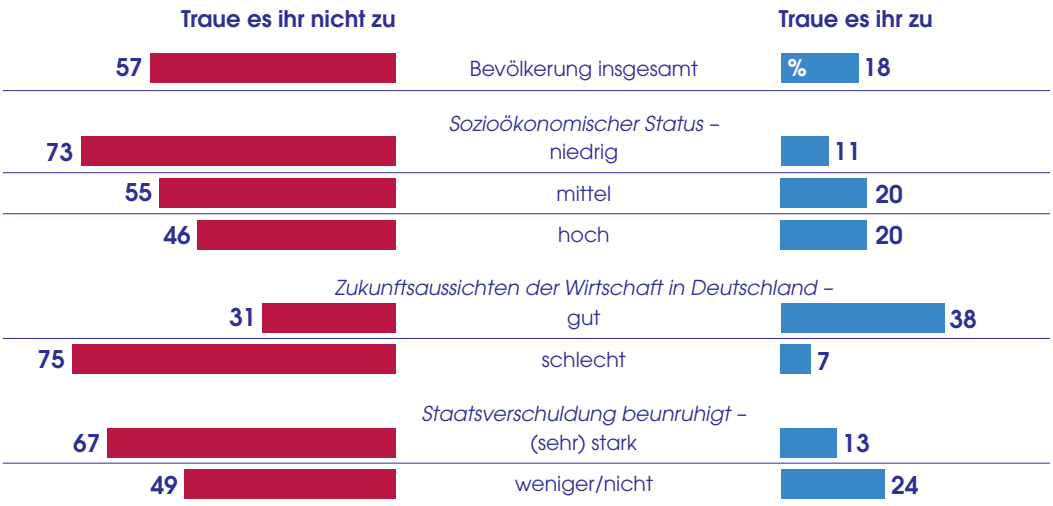
Die Politik nimmt solche Reaktionen oft als Warnung, bestimmte Regelungen wie beispielsweise die Rente mit 63 nicht anzutasten. Tatsächlich sagt der geringe Anteil, der einer Erhöhung des Renteneintrittsalters oder einer Abschaffung der Rente mit 63 zustimmt bzw. solche Maßnahmen für wichtig hält, nichts darüber aus, ob entsprechende Beschlüsse auf harte Ablehnung stoßen würden und Popularitätsverluste der handelnden Parteien auslösen würden. Die Bevölkerung hat weder die Abschaffung der Frührente sanktioniert noch ihre Wiedereinführung

belohnt. Entscheidend ist, die Betroffenheiten zu analysieren wie auch die Prioritäten der Bevölkerung. Die Betroffenheit durch die Erhöhung des Rentenalters ist in der Bevölkerung gering, da sich für diejenigen, die nahe am Rentenalter sind, nur wenig verändert, und für andere diese Maßnahme überwiegend erst in großer zeitlicher Entfernung wirkt. Vor allem ist es für die Bevölkerung jedoch zentral, dass das Rentensystem zahlungsfähig bleibt, und dies nicht nur auf kurze, sondern auch auf lange Sicht.

Was der Politik zurzeit besonders schadet, ist der Eindruck von Unentschlossenheit und extrem mühsamer Kompromisssuche. Zurzeit trauen nur 18 Prozent der Bevölkerung der Regierung zu, dass sie die richtigen Maßnahmen ergreift, um die Wirtschaft in Deutschland zu stärken. 57 Prozent äußern dagegen dezidierte Zweifel, vor allem die schwächeren sozialen Schichten, die Bevölkerungskreise, die die Zukunftsperspektiven der Wirtschaft kritisch sehen und diejenigen, die zurzeit über die Staatsverschuldung des Landes erheblich beunruhigt sind. Von denjenigen, die die aktuelle wirtschaftliche Lage kritisch bewerten – und das ist die große Mehrheit der Bevölkerung – äußern 75 Prozent dezidierte Zweifel, ob es der Bundesregierung gelingt, die Wirtschaft in Deutschland mit den richtigen Maßnahmen zu stärken.

Zweifel an der Regierungspolitik

Frage: "Trauen Sie der Bundesregierung zu, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Wirtschaft in Deutschland zu stärken, oder trauen Sie ihr das nicht zu?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021

© IfD-Allensbach

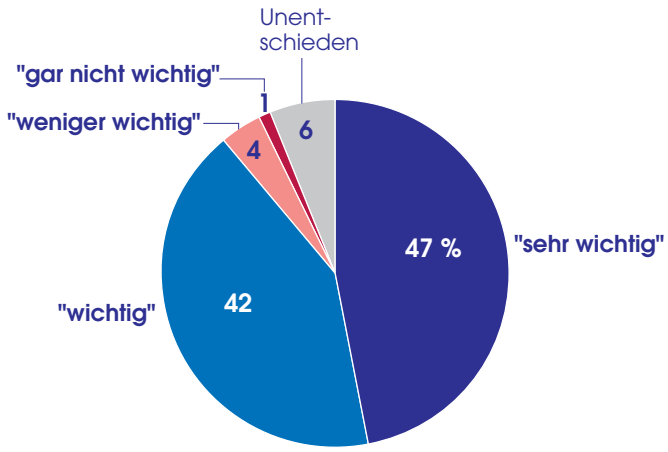
WACHSENDE SORGEN ÜBER DIE STAATSVERSCHULDUNG

Solide Staatsfinanzen sind nach Überzeugung der überwältigenden Mehrheit eine wesentliche Voraussetzung für eine gesunde Wirtschaft. 89 Prozent gehen davon aus, dass solide Staatsfinanzen für das wirtschaftliche Wachstum wichtig oder sogar sehr wichtig sind: 47 Prozent sehen in soliden Staatsfinanzen eine sehr wichtige, weitere 42 Prozent eine wichtige Voraussetzung. Lediglich 5 Prozent der Bevölkerung messen der staatlichen Finanzpolitik für die Förderung des Wirtschaftswachstums nur geringe Bedeutung bei.

Schaubild 8

Große Bedeutung solider Staatsfinanzen

Frage: "Wie wichtig sind solide Staatsfinanzen aus Ihrer Sicht, damit die Wirtschaft in Deutschland wieder wächst? Sind solide Staatsfinanzen dafür ..."



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021

© IfD-Allensbach

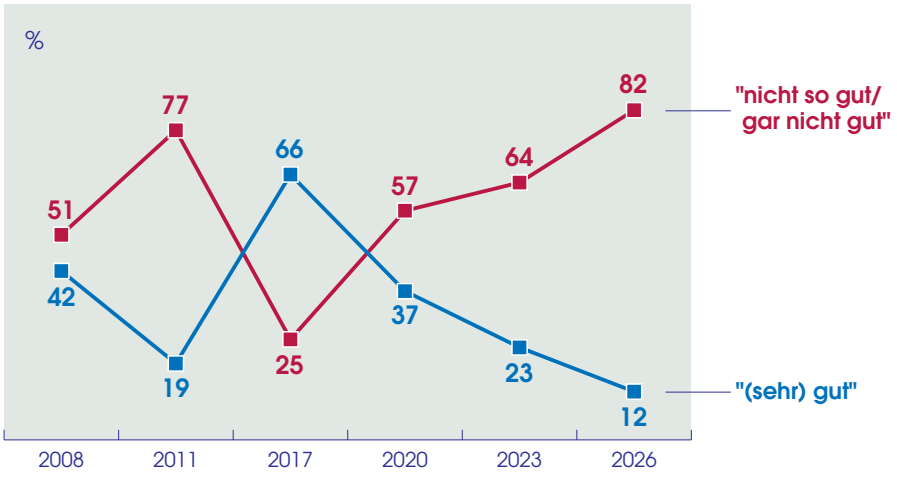
Zwar haben viele keine genauere Vorstellung von der Höhe der staatlichen Schuldenlast, aber die große Mehrheit weiß, dass sich die finanzielle Lage des Staates in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert hat. Die Bürger registrieren durchaus, wieweit sich die finanzielle Lage des Staates entspannt oder verschärft.

Nach der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise wurde die finanzielle Lage des Staates immer kritischer gesehen. 2008 bewerten 51 Prozent die finanzielle Situation des Staates kritisch, 2011 dann 77 Prozent; in den Jahren danach veränderte sich die Einschätzung der Bürger mit den sprudelnden Steuereinnahmen grundlegend: 2017 sahen zwei Drittel die Staatsfinanzen in einer komfortablen Position. Mit Ausbruch der Pandemie und den folgenden Krisen verschlechterte sich das Urteil kontinuierlich: 2020 bewerten 57 Prozent die Situation der staatlichen Finanzen kritisch, 2023 64 Prozent, aktuell 82 Prozent.

Schaubild 9

Tiefpunkt

Frage: "Wie bewerten Sie die finanzielle Lage des Staates, also die Einnahmen und die Schulden: Ist die finanzielle Lage Ihrer Meinung nach zurzeit ..."



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 13021

© IfD-Allensbach

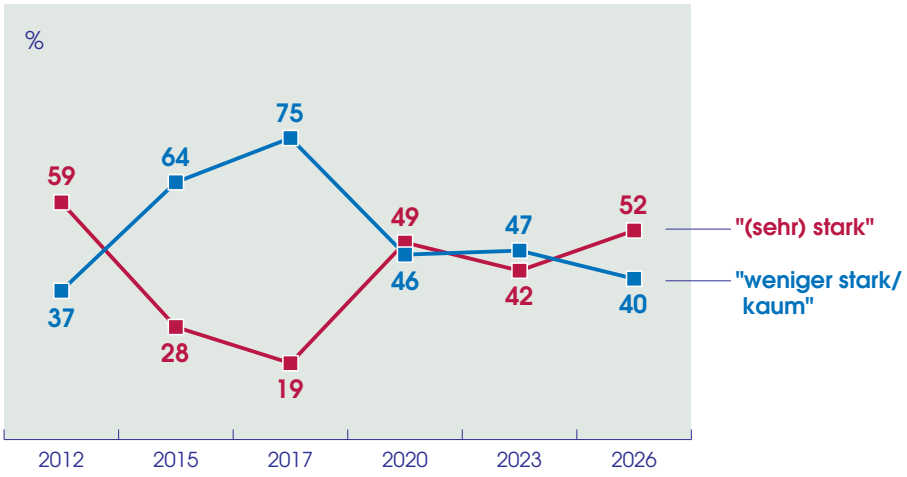
Auch die Beunruhigung über die Staatsverschuldung ist seit 2017 signifikant gewachsen, in den letzten Jahren allerdings nur noch begrenzt. Zwischen 2017 und 2020 stieg der Anteil der Bürger, die die Staatsverschuldung stark oder sogar sehr stark beunruhigt, von 19 auf 49 Prozent an; bis 2023 ging die Beunruhigung zumindest tendenziell wieder zurück und ist aktuell wieder auf 52 Prozent gestiegen. 40 Prozent

der Bevölkerung blicken dagegen noch relativ entspannt auf die staatliche Verschuldung. Dies gilt interessanterweise gerade für die Generation, die mittel- und langfristig am stärksten betroffen ist, die heute unter 30-Jährigen. In dieser Generation sind zurzeit 37 Prozent über die staatliche Verschuldung außerordentlich beunruhigt, fast jeder Zweite jedoch weitgehend entspannt.[1]

Schaubild 10

Steigende Besorgnis

Frage: "Wie sehr beunruhigt Sie die Staatsverschuldung Deutschlands? Würden Sie sagen ..."



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 13021

© IfD-Allensbach

Die relative Gelassenheit der jungen Generation ist auch deswegen bemerkenswert, weil den meisten durchaus bewusst ist, dass eine hohe staatliche Verschuldung ihnen besonders schadet. Nur 15 Prozent der unter 30-Jährigen empfinden die wachsende Staatsverschuldung als kein großes Problem und sind überzeugt, dass ein wohlhabendes Land wie Deutschland auch mit hohen Schulden gut leben kann; dagegen sehen 60 Prozent in einer hohen Verschuldung ein ernstes Problem, durch das

[1] Tabellenband, S. 25.

kommende Generationen stark belastet werden und weniger finanzielle Spielräume haben.[2] In den vergangenen zwei Jahren ist in der gesamten Bevölkerung das Bewusstsein für die Problematik hoher Schulden gewachsen. 2024 waren noch 29 Prozent der Bürger überzeugt, dass die wachsende Staatsverschuldung letztlich kein großes Problem darstellt; aktuell glauben das nur noch 13 Prozent. Gegenläufig ist die Einschätzung, dass die wachsende Verschuldung ein ernstes Problem darstellt und insbesondere kommende Generationen belastet, von 56 auf 68 Prozent angestiegen.

Schaubild 11

Belastung kommender Generationen

Frage: "Hier unterhalten sich zwei über die Staatsschulden. Welcher von beiden sagt eher das, was auch Sie denken?"

	2024 %	2026 %
"Ich finde, die wachsende Staatsverschuldung ist kein großes Problem. Ein wohlhabendes Land wie Deutschland kann auch mit hohen Schulden gut leben."	**29**	**13**
"Das sehe ich anders. Die wachsende Staatsverschuldung ist ein ernstes Problem. Kommende Generationen werden durch die hohen Schulden stark belastet und haben weniger Geld für Ausgaben zur Verfügung."	**56**	**68**
Unentschieden	**15**	**19**
	100	100

Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12086, 13021

© IfD-Allensbach

61 Prozent der Bevölkerung sind überzeugt, dass hohe Staatsschulden für Deutschland mehrere große Risiken mit sich bringen. Die junge Generation befürchtet dies zwar unterdurchschnittlich, geht jedoch keineswegs davon aus, dass hohe Schulden ungefährlich sind. Vielmehr hat sich ein weit überdurchschnittlicher Anteil der unter

[2] Tabellenband, S. 27.

30-Jährigen noch nicht intensiver mit diesem Thema beschäftigt und traut sich entsprechend kein Urteil zu. Während sich von den 30-Jährigen und Älteren nur jeder Fünfte in dieser Frage kein Urteil zutraut, gilt das für 35 Prozent der unter 30-Jährigen. 47 Prozent dieser Generation assoziieren hohe Staatsschulden mit hohen Risiken, nur 18 Prozent sehen darin kein großes Problem und damit wenig mehr als im Durchschnitt der Bevölkerung.[3]

Diejenigen, die hohe Schulden mit großen Risiken verbinden, denken neben der Belastung für zukünftige Generationen vor allem an die hohen Ausgaben für Zinsen, ein höheres Inflationsrisiko, ein sinkendes Vertrauen in die staatliche Absicherung und eine nachlassende Kreditwürdigkeit des Staates. 72 Prozent derjenigen, die eine hohe Staatsverschuldung mit großen Risiken assoziieren, gehen von einem höheren Inflationsrisiko aus, 68 Prozent von einer nachlassenden Kreditwürdigkeit des Staates und sinkendem Vertrauen in die staatliche Absicherung. Die Mehrheit ist auch überzeugt, dass hohe Schulden zu einem schwächeren Wirtschaftswachstum führen.

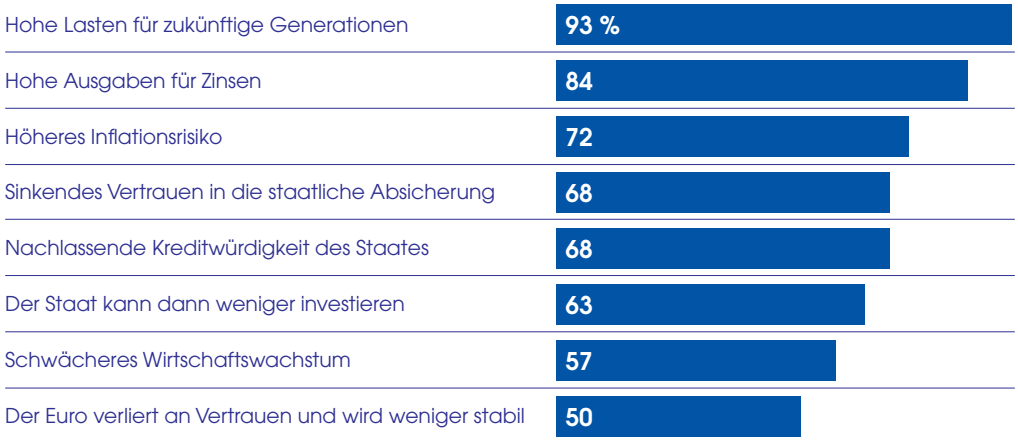
[3] Tabellenband, S. 29.

Schaubild 12

Risiken einer hohen Staatsverschuldung

61 Prozent assoziieren eine hohe Verschuldung mit großen Risiken

Frage an Personen, die glauben, dass Staatsschulden hohe Risiken bergen:
"Und welche Risiken bringt eine hohe Staatsverschuldung Ihrer Meinung nach vor allem mit sich?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Personen, die glauben, dass Staatsschulden hohe Risiken bergen
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021

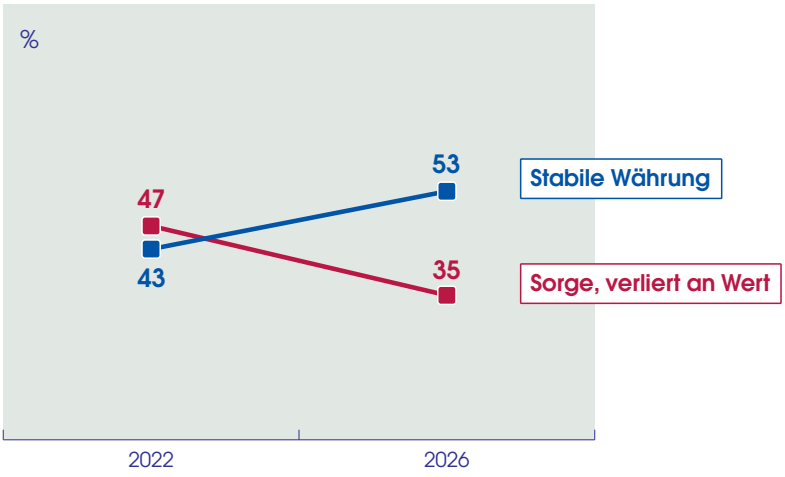
© IfD-Allensbach

Jeder Zweite, der eine hohe Staatsverschuldung mit großen Risiken verbindet, sieht auch Gefahren für die Stabilität der Währung. Aktuell ist das Vertrauen in den Euro jedoch durch die wachsende Staatsverschuldung noch nicht angegriffen. Vielmehr ist die Überzeugung, dass der Euro eine stabile Währung ist, in den letzten Jahren angestiegen: 2022 waren davon 43 Prozent der Bevölkerung überzeugt, aktuell sind es 53 Prozent. Sorgen um die Währungsstabilität sind im selben Zeitraum von 47 auf 35 Prozent zurückgegangen.

Schaubild 13

Wachsendes Vertrauen in die Stabilität des Euro

Frage: "Wie schätzen Sie das ein: Ist der Euro eine stabile Währung, oder machen Sie sich Sorgen, dass der Euro an Wert verlieren könnte?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen 12053, 13021

© IfD-Allensbach

Entsprechend ist auch das Vertrauen in die gemeinsame europäische Währung gewachsen. Dieses Vertrauen war unmittelbar nach der Einführung sehr gering, nahm in den Jahren danach jedoch kontinuierlich zu: 2002 hatten lediglich 21 Prozent der Bevölkerung großes Vertrauen in den Euro, 2008 41 Prozent. Nach der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise ging das Vertrauen wieder auf 26 Prozent zurück und stieg seither langsam, aber kontinuierlich an bis auf aktuell 48 Prozent. Erst seit wenigen Jahren überwiegt das Vertrauen in den Euro gegenüber Zweifeln, ob es sich beim Euro wirklich um eine langfristig stabile und vertrauenswürdige Währung handelt. Nach wie vor liegen Vertrauen und Misstrauen jedoch nah beieinander: 48 Prozent der Bevölkerung bekunden zurzeit großes Vertrauen, 39 Prozent nur begrenztes oder geringes Vertrauen.

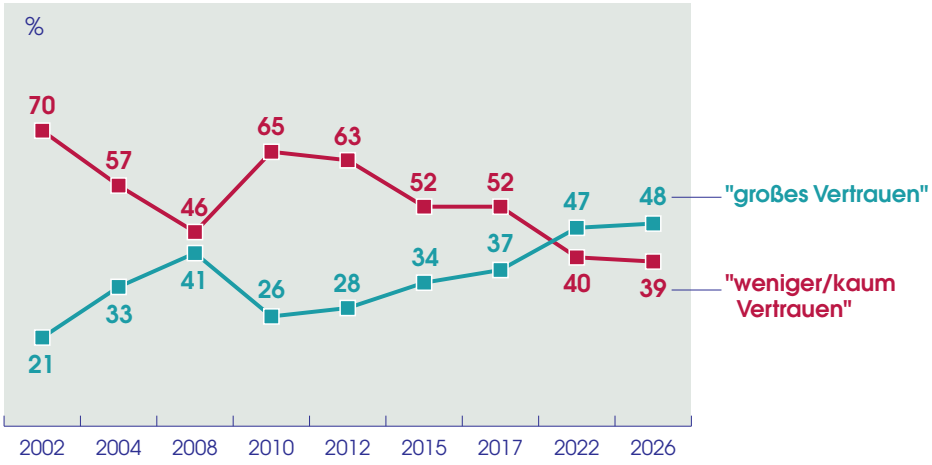
Dieses Vertrauen ist in hohem Maße schichtgebunden, differiert aber auch zwischen Ost und West; in Ostdeutschland und insbesondere in den schwächeren sozialen

Schichten überwiegt das Misstrauen gegenüber der gemeinsamen europäischen Währung, in Westdeutschland, der Mittelschicht und insbesondere den höheren Schichten das Vertrauen. In den schwächeren sozialen Schichten hat nur jeder Dritte Vertrauen in den Euro, in den höheren sozialen Schichten dagegen annähernd zwei Drittel. Auch die Frage, wie die Zukunftsaussichten der Wirtschaft eingeschätzt werden, beeinflusst das Vertrauen in die Gemeinschaftswährung. Diejenigen, die die künftigen wirtschaftlichen Aussichten positiv einschätzen, haben weit überwiegend auch Vertrauen in die Gemeinschaftswährung, dagegen nur 37 Prozent derjenigen, die die wirtschaftlichen Perspektiven kritisch sehen.[4]

Schaubild 14

Wachsendes Vertrauen in die Gemeinschafts-währung

Frage: "Wie viel Vertrauen haben Sie zu der gemeinsamen europäischen Währung, zum Euro? Haben Sie ..."



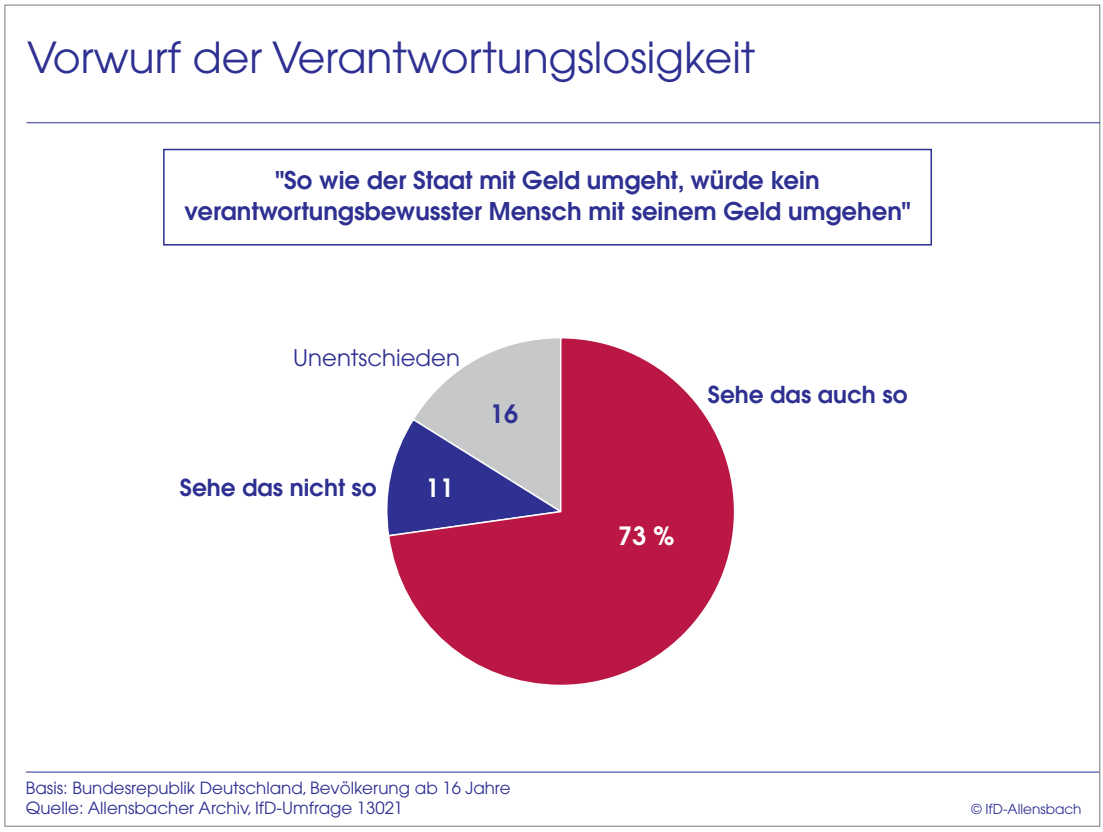
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfragen, zuletzt 13021

© IfD-Allensbach

[4] Tabellenband, S. 47.

Damit hat sich die Haltung zum Euro zumindest in den vergangenen Jahren von den wachsenden Sorgen über die wirtschaftliche Entwicklung wie auch die ansteigende Staatsverschuldung entkoppelt. Die wirtschaftlichen Perspektiven und die staatlichen Schulden beunruhigen die Bevölkerung zunehmend. Insbesondere dem Staat macht die Bevölkerung den Vorwurf, dass der Umgang mit den staatlichen Finanzen zu wenig von Verantwortungsbewusstsein geprägt ist: 73 Prozent der Bevölkerung stimmen der Kritik zu, dass kein verantwortungsbewusster Mensch mit seinem Geld so umgehen würde wie der Staat. Lediglich 11 Prozent widersprechen. In dieser Frage sind sich Ost und West, die Generationen und auch die sozialen Schichten weitgehend einig, auch die Anhänger der verschiedenen Parteien.[5]

Schaubild 15

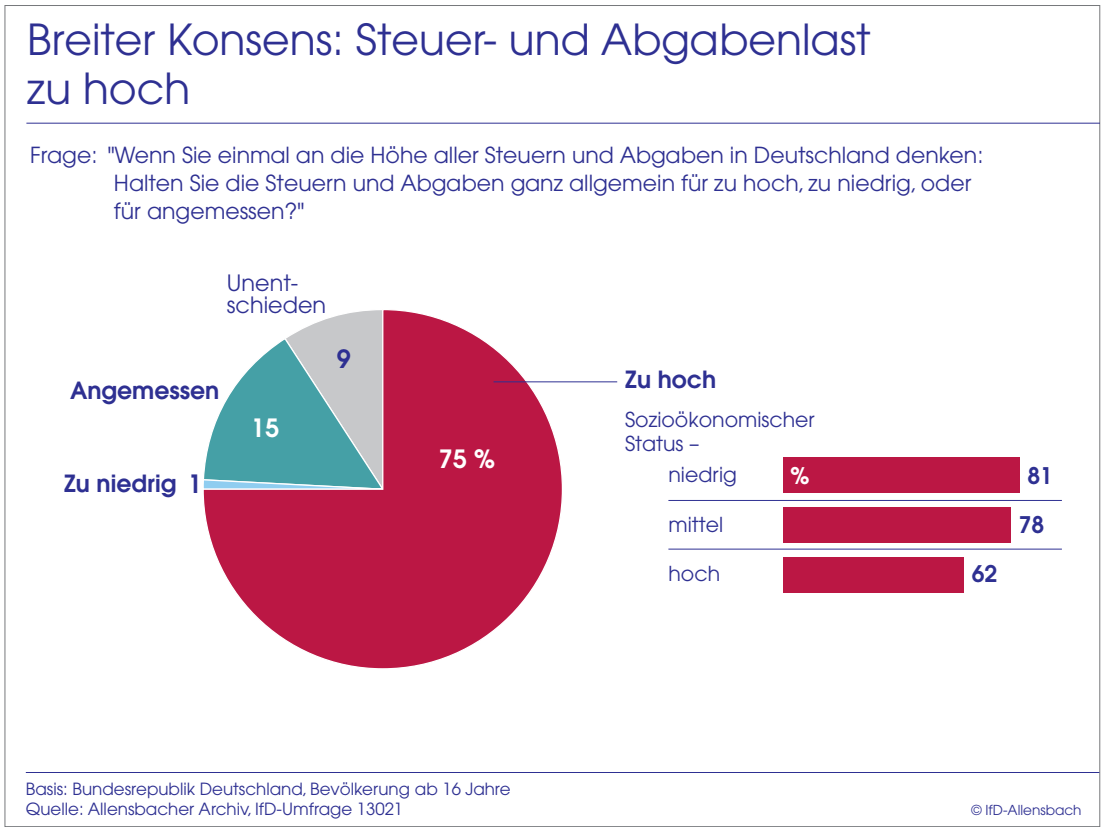


[5] Tabellenband, S. 22.

MIT SPARPROGRAMMEN TUT SICH DIE BEVÖLKERUNG SCHWER

Angesichts der wachsenden Staatsschulden und der Beunruhigung der Mehrheit über diese Entwicklung stellt sich die Frage, wieweit höhere Steuern und Abgaben einerseits oder konsequente und umfangreiche Sparmaßnahmen auf der anderen Seite akzeptiert würden. In Bezug auf die Einnahmenseite besteht in der Bevölkerung ein breiter Konsens: Die überwältigende Mehrheit vertritt die Auffassung, dass die Steuern und Abgaben bereits jetzt zu hoch sind. 75 Prozent der Bevölkerung vertreten diese Position, lediglich 15 Prozent halten die Höhe der Steuern und Abgaben insgesamt für angemessen, ganze 1 Prozent für zu niedrig. In der Mittelschicht und in den schwächeren sozialen Schichten wird die Höhe der Steuern und Abgaben noch mehr kritisiert als in den höheren Schichten.

Schaubild 16

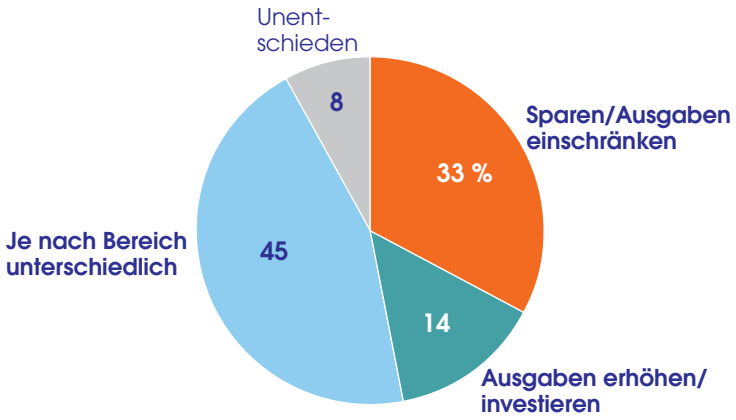


Schwerer tun sich die Bürger mit der Entscheidung, ob der Staat in der derzeitigen Situation vor allem sparen und seine Ausgaben einschränken oder eher die Ausgaben erhöhen und mehr investieren sollte, um dazu beizutragen, die wirtschaftliche Lage zu verbessern. 33 Prozent entscheiden sich grundsätzlich für Sparmaßnahmen, 14 Prozent für eine Erhöhung der Ausgaben, während die größte Gruppe (45 Prozent) dafür plädiert, diese Entscheidung abhängig vom jeweiligen Politikfeld und Ausgabenbereich zu treffen.

Schaubild 17

Sparen oder investieren?

Frage: "Wie sollte sich der Staat Ihrer Meinung nach in der jetzigen wirtschaftlichen Lage verhalten: Sollte er vor allem sparen und seine Ausgaben einschränken, oder sollte er seine Ausgaben erhöhen und mehr investieren?"



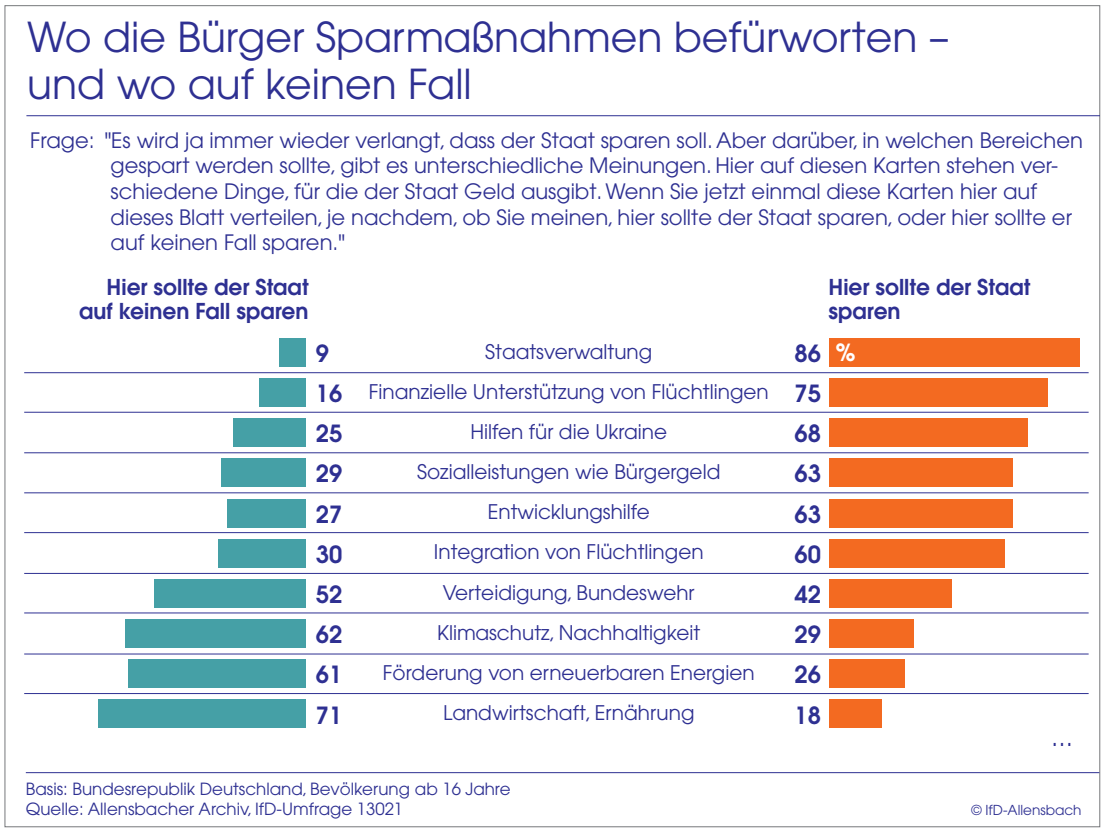
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021

© IfD-Allensbach

Bereiche, in denen die Bürger Sparmaßnahmen unterstützen

Einsparpotentiale verortet die Bevölkerung jedoch in erster Linie in Bereichen, in denen nicht die meisten selbst, sondern andere Opfer bringen müssten: Bei der finanziellen Unterstützung von Flüchtlingen, den Hilfen für die Ukraine, Entwicklungshilfe, bestimmten Sozialleistungen wie Bürgergeld, der Integration von Flüchtlingen und bei der Staatsverwaltung. In Bezug auf die Staatsverwaltung sind 86 Prozent überzeugt, dass der Staat hier sparen könnte und sollte; 75 Prozent votieren für Einsparungen bei der finanziellen Unterstützung von Flüchtlingen, zwei Drittel bei der Hilfe für die Ukraine, 63 Prozent bei Entwicklungshilfe wie auch beim Bürgergeld. Dagegen überwiegen in Bezug auf Verteidigung, Klimaschutz, der Förderung regenerativer Energien und der Landwirtschaft bei Weitem die Voten, dass der Staat hier auf keinen Fall sparen sollte.

Schaubild 18



Bei vielen Politikfeldern sieht die überwältigende Mehrheit keinerlei Möglichkeiten für Sparmaßnahmen. Das gilt zum einen für das Rentensystem, das Gesundheitswesen und die Förderung von Familien. In Bezug auf die Rente sprechen sich 87 Prozent gegen jegliche Sparmaßnahmen aus, in Bezug auf das Gesundheitswesen 89 Prozent, bei der Förderung von Familien 79 Prozent. Ähnlich hoch fallen zum anderen auch die Voten gegen Sparmaßnahmen für die Felder Bildung und Forschung, innere Sicherheit, Bauen und Wohnen, Infrastruktur, Digitalisierung und die Förderung der Wirtschaft aus. 72 Prozent vertreten die Auffassung, dass der Staat bei der Förderung der Wirtschaft auf keinen Fall sparen dürfe; 73 Prozent sehen dies ähnlich für die Digitalisierung, 78 Prozent für den Ausbau und die Sanierung des Straßennetzes, 85 Prozent für die innere Sicherheit. Damit möchte die Bevölkerung alle Felder, bei denen sie davon ausgeht, dass sie unmittelbar ihren Interessen dienen, gegen Sparmaßnahmen abschotten.

Schaubild 19

Wo die Bürger Sparmaßnahmen befürworten – und wo auf keinen Fall

...

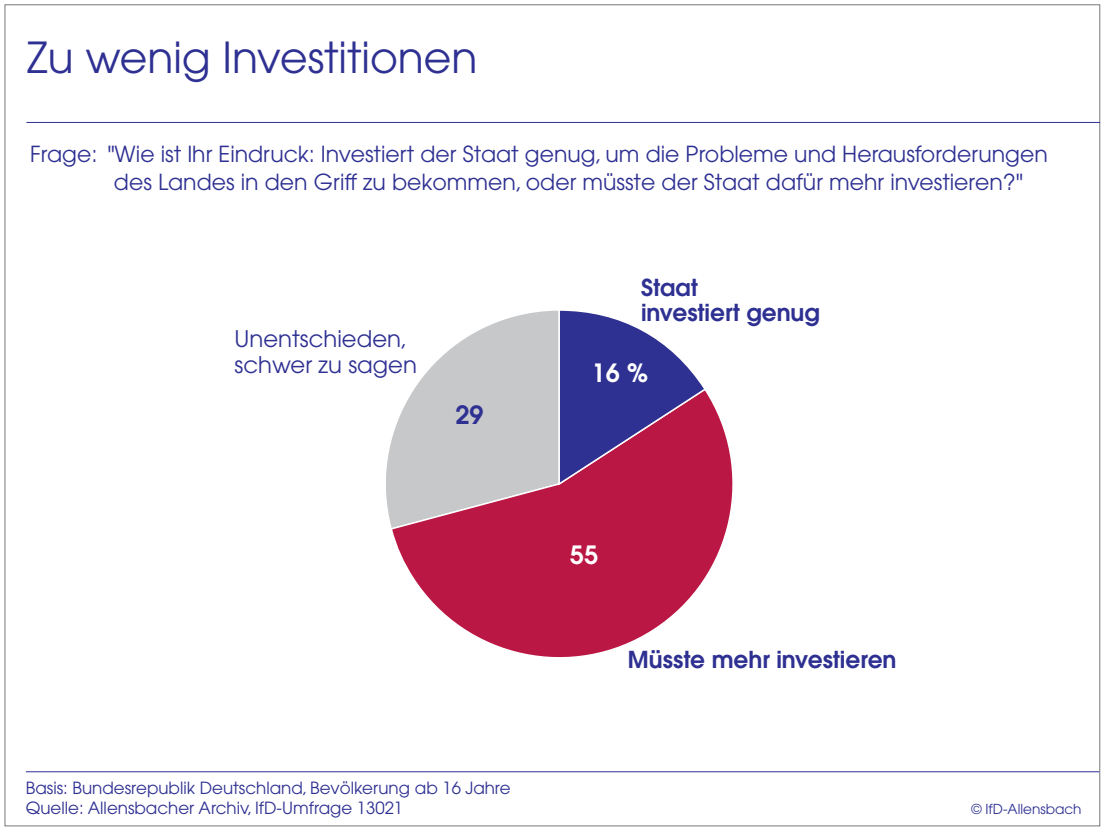
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021

© IfD-Allensbach

Breite Unterstützung für Mehrausgaben in mehreren Politikfeldern

In diesen Gebieten votiert die Bevölkerung nicht nur gegen Sparmaßnahmen, sondern auch für mehr Investitionen. Generell ist die Mehrheit überzeugt, dass der Staat zurzeit nicht genug investiert, um die Probleme und Herausforderungen des Landes in den Griff zu bekommen. 55 Prozent vertreten diese Position, lediglich 16 Prozent halten die staatlichen Investitionen in der Summe für ausreichend. 29 Prozent sind bei dieser Frage unsicher. Die Beunruhigung über die aktuelle staatliche Verschuldung beeinflusst die Haltung hier kaum: Von denjenigen, die die Staatsverschuldung zurzeit gravierend beunruhigt, sprechen sich sogar 59 Prozent für vermehrte Investitionen aus. Noch mehr gilt dies für diejenigen, die die wirtschaftlichen Perspektiven des Landes kritisch sehen.[6]

Schaubild 20



[6] Tabellenband, S. 4.

Diese Position ist in den Bereichen nachvollziehbar, in denen Defizite aufgeholt werden müssen und die für die weitere wirtschaftliche Entwicklung des Landes von großer Bedeutung sind. Das gilt für Bildung und Forschung, die Sanierung und Weiterentwicklung der Infrastruktur und Digitalisierung. Die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung plädiert jedoch darüber hinaus dafür, verstärkt in das Gesundheitswesen zu investieren, das Rentensystem, die Förderung von Familien, Bauen und Wohnen und innere Sicherheit. So wichtig alle diese Felder sind, so schwierig ist es zwangsläufig, dem Ziel eines soliden Haushalts näher zu kommen, wenn in all diesen Feldern mehr investiert wird.

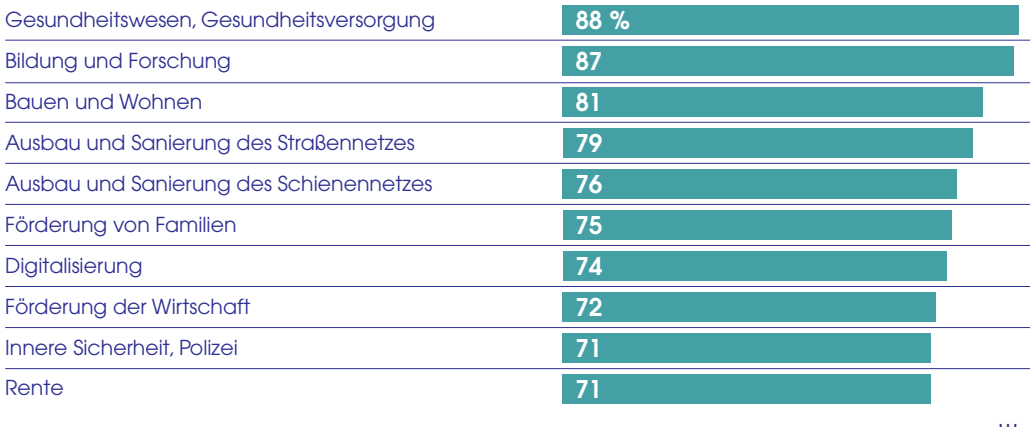
Schaubild 21

Wo die Bürger Mehrausgaben befürworten

Frage: "Es gibt ja unterschiedliche Meinungen darüber, für welche Bereiche der Staat mehr Geld ausgeben sollte und für welche Bereiche nicht. Wenn Sie einmal diese Karten hier auf dieses Blatt verteilen, je nachdem, ob Sie meinen, hier sollte der Staat auf jeden Fall mehr Geld ausgeben oder hier ist das nicht notwendig."

Hier sollte der Staat auf jeden Fall mehr Geld ausgeben

- TOP 10 -



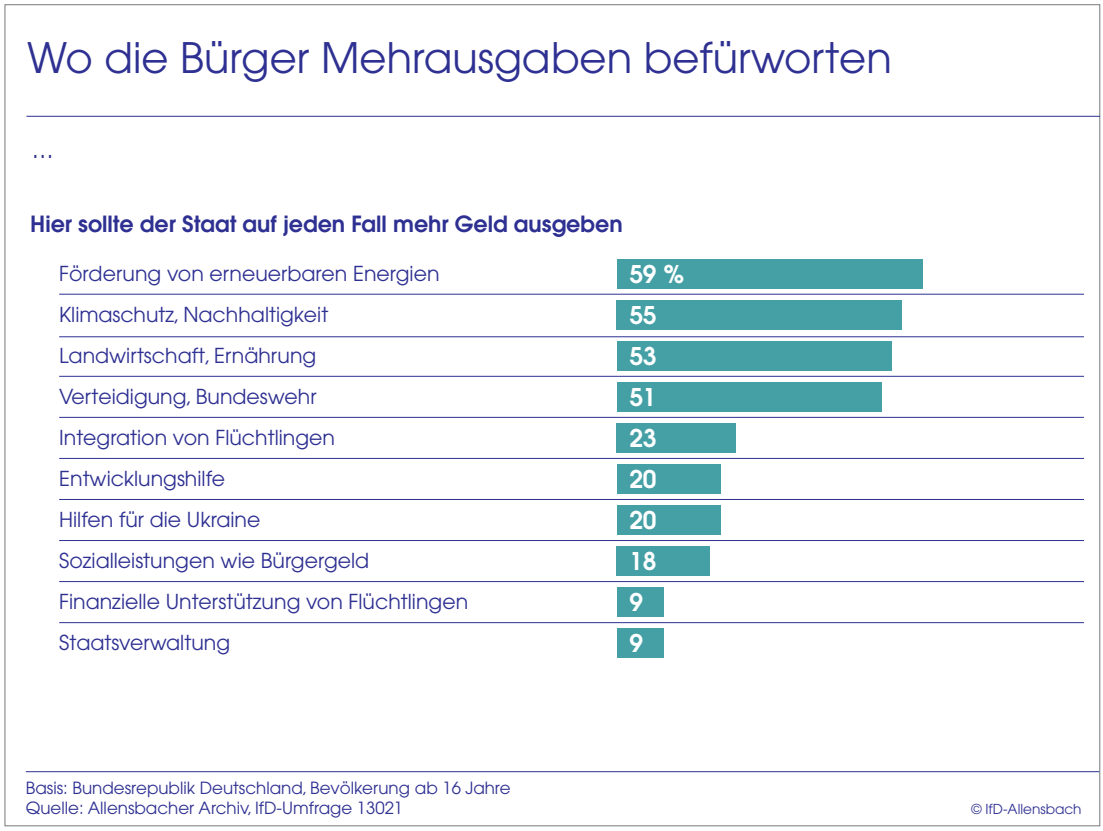
Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021

© IfD-Allensbach

Es gibt nur wenige Bereiche, in denen nur eine Minderheit für höhere Ausgaben plädiert. Das gilt wiederum vor allem für die Integration von Flüchtlingen und ihre finanzielle Unterstützung, Entwicklungshilfe, Hilfen für die Ukraine sowie spezielle Sozialleistungen wie das Bürgergeld und die Staatsverwaltung. Bei der finanziellen

Unterstützung von Flüchtlingen möchten 75 Prozent sparen, aber nur 9 Prozent vermehrt investieren. In Bezug auf Entwicklungshilfe plädieren 63 Prozent für Sparmaßnahmen, nur 20 Prozent für höhere Ausgaben. Der Hauptsparposten der Bevölkerung ist die Staatsverwaltung: Hier votieren 86 Prozent für Sparmaßnahmen, nur 9 Prozent für eine Ausweitung der Ausgaben.

Schaubild 22



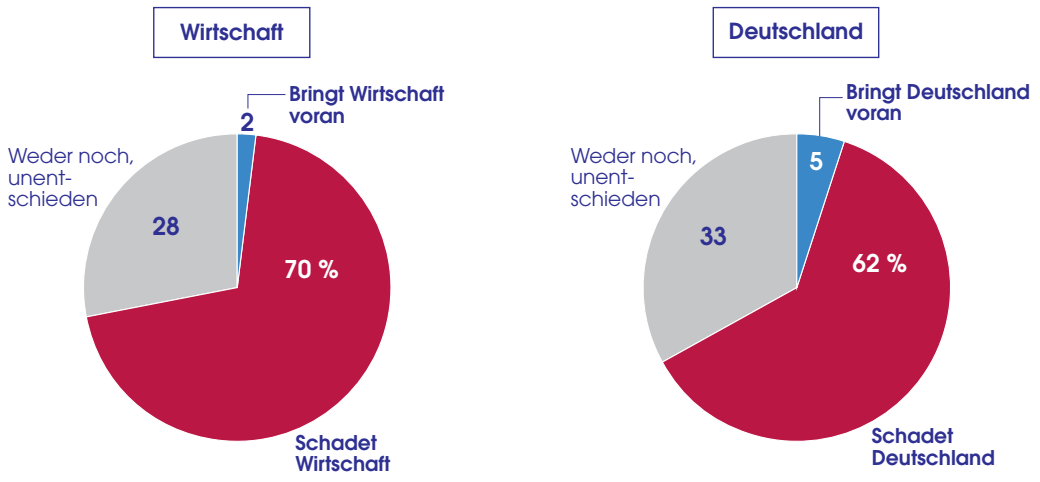
Berücksichtigt man, dass die verschiedenen staatlichen Ebenen in den vergangenen Jahren eine beachtliche Anzahl an neuen Stellen geschaffen haben, ohne dass der Bedarf wirklich transparent kommuniziert worden wäre, ist die Kostenentwicklung in diesem Bereich durchaus ein Thema. Die große Mehrheit der Bevölkerung hält es für keine positive Entwicklung, dass die Anzahl der Beschäftigten im Staatsdienst in den letzten Jahren angestiegen ist. Nur 5 Prozent sind überzeugt, dass dies Deutschland

voran bringt, 62 Prozent gehen dagegen davon aus, dass dies dem Land eher schadet. Noch eindeutiger ist das Meinungsbild, wenn die Folgen für die Wirtschaft diskutiert werden: Ganze 2 Prozent gehen davon aus, dass eine Ausweitung der Anzahl der Staatsbediensteten die Wirtschaft voranbringt, 70 Prozent gehen dagegen eher von negativen Folgen für die Wirtschaft aus.

Schaubild 23

Mehr Staatsdiener: schädlich für die Wirtschaft und das ganze Land

Fragen: "Die Anzahl der Beschäftigten im Staatsdienst ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Glauben Sie, das bringt die Wirtschaft in Deutschland/Deutschland voran, oder schadet das der Wirtschaft/Deutschland eher, oder weder noch?"



Basis: Bundesrepublik Deutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre
Quelle: Allensbacher Archiv, IfD-Umfrage 13021

© IfD-Allensbach

Insgesamt zeigen jedoch sowohl die Spar- wie die Investitionsagenda der Bürger, wie interessengeleitet die Reaktionen ausfallen und wie schwierig es daher ist, gerade in den Feldern Sparprogramme zu verhängen, die besonders hohe Mittel binden, ohne dass daraus wirksame Investitionsprogramme entstehen.

ANHANG

Untersuchungsdaten

Statistik der befragten Personengruppe

Fragebogenauszug mit Anlagen

UNTERSUCHUNGSDATEN

Befragter Personenkreis:

Deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland

Anzahl der Befragten:

Die Gesamtstichprobe besteht aus zwei in sich repräsentativen Teilstichproben (Halbgruppen A und B). Darüber hinaus erfolgte die Auswahl disproportional für die westlichen und die östlichen Bundesländer: In beiden Halbgruppen und damit auch in der Gesamtstichprobe wurde der Osten mit etwa einem Viertel stärker berücksichtigt als es dem Bevölkerungsanteil von 18 Prozent entspricht. Bei der Ausweisung von zusammenfassenden Ergebnissen wird diese Disproportionalität über die Gewichtung aufgehoben.

Halbgruppe	West	Ost	Insg.	
A	411	133	544	Personen
B	371	125	496	Personen
Insgesamt	782	258	1040	Personen

Auswahlmethode:

Repräsentative Quotenauswahl

Den Interviewern wurden dabei Quoten vorgegeben, die ihnen vorschrieben, wie viele Personen sie zu befragen hatten und nach welchen Merkmalen diese auszuwählen waren. Die Befragungsaufträge oder Quoten wurden nach Maßgabe der amtlichen statistischen Unterlagen auf Bundesländer und Regierungsbezirke und innerhalb dieser regionalen Einheiten auf Groß-, Mittel- und Kleinstädte sowie Landgemeinden verteilt. Die weitere Verteilung der Quoten erfolgte auf Männer und Frauen, verschiedene Altersgruppen sowie auf Berufstätige und Nichtberufstätige und die verschiedenen Berufskreise.

Gewichtung:

Zur Aufhebung der Disproportionalität bezüglich westlicher und östlicher Bundesländer und zur Angleichung an Strukturdaten der amtlichen Statistik erfolgte eine faktorielle Gewichtung der Ergebnisse.

Repräsentanz:

Die gewichtete Stichprobe entspricht, wie die Gegenüberstellung mit den amtlichen statistischen Daten zeigt, der Gesamtbevölkerung ab 16 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland. Diese Übereinstimmung im Rahmen der statistischen Genauigkeitsgrenzen ist eine notwendige Voraussetzung für die Verallgemeinerbarkeit der Ergebnisse.

Art der Interviews:

Die Befragung wurde mündlich-persönlich (face-to-face) nach einem einheitlichen Frageformular vorgenommen. Die Interviewer waren angewiesen, die Fragen wörtlich und in unveränderter Reihenfolge vorzulesen.

Anzahl der eingesetzten Interviewer:

An der Befragung waren insgesamt 312 nach einheitlichen Testmethoden ausgewählte und geschulte Interviewerinnen und Interviewer beteiligt.

Zeitraum der Befragung:

Die Interviews wurden vom 3. bis 16. Juli 2026 geführt.

IfD-Archiv-Nr. der Umfrage:

13021

STATISTIK

der in der Umfrage 13021 befragten Personengruppe (deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Juli 2026			Amtliche Statistik*
	Insgesamt	Halbgruppe A	Halbgruppe B	
	%	%	%	%
REGIONALE VERTEILUNG				
Westl. Länder einschl. Westberlin	82	82	82	82
Östl. Länder einschl. Ostberlin	18	18	18	18
	100	100	100	100
Norddeutschland (Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen)	17	17	17	17
Nordrhein-Westfalen	21	21	21	21
Südwestdeutschland (Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland)	13	13	13	13
Baden-Württemberg	13	13	13	13
Bayern	16	16	16	16
Berlin	4	4	4	4
Nordostdeutschland (Brandenburg, Mecklenb.-Vorp., Sachsen-Anhalt)	8	8	8	8
Sachsen und Thüringen	8	8	8	8
	100	100	100	100
WOHNORTGRÖSSE				
unter 5.000 Einwohner	15	15	15	15
5.000 bis unter 20.000 Einwohner	27	27	27	27
20.000 bis unter 100.000 Einwohner	28	28	28	28
100.000 und mehr Einwohner	30	30	30	30
	100	100	100	100
GESCHLECHT				
Männer	49	49	49	49
Frauen	51	51	51	51
	100	100	100	100
ALTER				
16-29 Jahre	17	17	17	17
30-44 Jahre	21	21	21	21
45-59 Jahre	23	23	23	23
60 Jahre und älter	39	39	39	39
	100	100	100	100

* Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik. Quelle: Mikrozensus 2025 (Erstergebnisse)

STATISTIK

der in der Umfrage 13021 befragten Personengruppe (deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) im Vergleich zu den Zahlen der amtlichen Statistik

	Repräsentative Bevölkerungsumfrage Juli 2026			Amtliche Statistik*
	Insgesamt	Halbgruppe		
		A	B	
	%	%	%	%
BERUFSTÄTIGKEIT				
Erwerbspersonen				
(Berufstätige und Arbeitslose)	62	62	62	62
Nichterwerbspersonen	38	38	38	38
	100	100	100	100
BERUFSKREISE**				
Arbeiter	9	10	9	9
Angestellte	44	43	45	44
Beamte	4	4	3	4
Selbständige und freiberuflich Tätige	5	5	5	5
Nichterwerbspersonen	38	38	38	38
	100	100	100	100
FAMILIENSTAND				
Verheiratet	49	49	49	49
- Männer	25	25	25	25
- Frauen	24	24	24	24
Ledig	33	33	33	33
Verwitwet	8	8	8	8
Geschieden/getrennt lebend	10	10	10	10
	100	100	100	100
HAUSHALTSGRÖSSE				
Von der deutschen Wohnbevölkerung ab 16 Jahre leben in Haushalten mit				
- 1 Person	25	25	25	25
- 2 Personen	40	40	40	40
- 3 Personen	16	16	16	16
- 4 und mehr Personen	19	19	19	19
	100	100	100	100

* Original- und Schätzwerte (für die deutsche Wohnbevölkerung ab 16 Jahre) nach Daten der amtlichen Statistik
Quelle: Mikrozensus 2025 (Erstergebnisse)

** für Berufstätige und Arbeitslose (Einstufung Arbeitslose nach letzter Berufsstellung)

INSTITUT FÜR DEMOSKOPIE ALLENSBACH

Für Formulierung und Anordnung
alle Rechte beim IfD !

Auszug aus der
Hauptbefragung 13021
Juli 2026

INTERVIEWER: Fragen wörtlich vorlesen. Bitte die zutreffenden Antworten ankreuzen.
Wenn keine Antworten vorgegeben sind, auf den punktierten Linien Antworten im Wortlaut eintragen. Alle Ergebnisse dieser Umfrage dienen dazu, die Meinung der Bevölkerung zu erforschen und besser bekanntzumachen.

Nach einigen Einleitungsfragen zu anderen Themen:

1. T "Zur deutschen Wirtschaft:
Wie beurteilen Sie ganz allgemein die aktuelle wirtschaftliche Lage in Deutschland?
Würden Sie sagen, die wirtschaftliche Lage ist..."

- "sehr gut" ☐ 1
- "eher gut" ☐ 2
- "eher schlecht" ☐ 3
- "sehr schlecht" ☐ 4
- WEISS NICHT ☐ 5

2. T "Wie sehen Sie unsere wirtschaftliche Entwicklung:
Glauben Sie, dass es mit unserer Wirtschaft in den nächsten 12 Monaten eher bergauf oder eher bergab geht?"

- EHER BERGAUF ☐ 1
- EHER BERGAB ☐ 2
- WEDER NOCH, GLEICH BLEIBEN ☐ 3
- UNENTSCHIEDEN ☐ 4

3. t "Wie schätzen Sie die Zukunftsaussichten der Wirtschaft in Deutschland in den nächsten 5 bis 10 Jahren ein:
Hat die deutsche Wirtschaft Ihrer Meinung nach sehr gute, eher gute, eher schlechte oder sehr schlechte Zukunftsaussichten?"

- SEHR GUTE ☐ 1
- EHER GUTE ☐ 2
- EHER SCHLECHTE ☐ 3
- SEHR SCHLECHTE ☐ 4
- UNENTSCHIEDEN ☐ 5

Nach einigen Zwischenfragen zu anderen Themen:

In der repräsentativen Halbgruppe A:

4. "Zum Thema Staatsfinanzen:
Wie ist Ihr Eindruck:
Investiert der Staat genug, um die Probleme und Herausforderungen des Landes in den Griff zu bekommen, oder müsste der Staat dafür mehr investieren?"

- INVESTIERT GENUG ☐ 1
- MÜSSTE MEHR INVESTIEREN ☐ 2
- UNENTSCHIEDEN, SCHWER ZU SAGEN ☐ 3

In der repräsentativen Halbgruppe B:

4. "Zum Thema Staatsfinanzen:
Wie sollte sich der Staat Ihrer Meinung nach in der jetzigen wirtschaftlichen Lage verhalten:
Sollte er vor allem sparen und seine Ausgaben einschränken, oder sollte er seine Ausgaben erhöhen und mehr investieren?"

- SPAREN/AUSGABEN EINSCHRÄNKEN ☐ 1
- AUSGABEN ERHÖHEN/INVESTIEREN ☐ 2
- JE NACH BEREICH UNTERSCHIEDLICH ☐ 3
- UNENTSCHIEDEN ☐ 4

5. "Wie wichtig sind solide Staatsfinanzen aus Ihrer Sicht, damit die Wirtschaft in Deutschland wieder wächst?
Sind solide Staatsfinanzen dafür ..."

- "sehr wichtig" ☐ 1
- "wichtig" ☐ 2
- "weniger wichtig" ☐ 3
- "gar nicht wichtig" ☐ 4
- UNENTSCHIEDEN ☐ 5

6. a) "Wie bewerten Sie die finanzielle Lage des Staates, also die Einnahmen und die Schulden: Ist die finanzielle Lage Ihrer Meinung nach zurzeit..."

T

- "sehr gut" ☐ 1
- "gut" ☐ 2
- "nicht so gut" ☐ 3
- "gar nicht gut" ☐ 4
- UNENTSCHIEDEN ☐ 5

b) "Und wie sehr beunruhigt Sie die Staatsverschuldung Deutschlands? Würden Sie sagen..."

- "sehr stark" ☐ 1
- "stark" ☐ 4
- "weniger stark" ☐ 3
- "kaum, gar nicht" ☐ 4
- UNENTSCHIEDEN ☐ 5

In der repräsentativen Halbgruppe A:

7. "Haben Sie zumindest eine ungefähre Vorstellung davon, wie hoch die Staatsverschuldung Deutschlands ist, oder haben Sie davon keine Vorstellung?"

- UNGEFÄHRE VORSTELLUNG ☐ 1
- KEINE VORSTELLUNG ☐ 2

In der repräsentativen Halbgruppe B:

7. "Haben Sie zumindest eine ungefähre Vorstellung davon, wie hoch in Deutschland die Quote für Steuern und Abgaben ist, also wie viel Prozent durch Steuern und Abgaben vom Gehalt abgehen, oder haben Sie davon keine Vorstellung?"

- UNGEFÄHRE VORSTELLUNG ☐ 1
- KEINE VORSTELLUNG ☐ 2

In der repräsentativen Halbgruppe A:

8. T INTERVIEWER überreicht **rosa** Bildblatt 1 so, dass bei Männern das große Ⓜ und bei Frauen das große Ⓕ oben liegt !

"Hier unterhalten sich zwei über die Staatsschulden. Welche(r) von beiden sagt eher das, was auch Sie denken: der/die Obere oder der/die Untere?"

- DER/DIE OBERE ☐ 1
- DER/DIE UNTERE ☐ 2
- UNENTSCHIEDEN ☐ 3

In der repräsentativen Halbgruppe B:

8. "Wenn ein Land wie Deutschland hohe Staatsschulden hat: Glauben Sie, das bringt für dieses Land hohe Risiken mit sich, oder glauben Sie das nicht?"

- HOHE RISIKEN ☐ 1*
- GLAUBE DAS NICHT ☐ 2
- UNENTSCHIEDEN ☐ 3

[*] INTERVIEWER überreicht **rosa** Liste 1 !

"Und welche Risiken bringt eine hohe Staatsverschuldung Ihrer Meinung nach vor allem mit sich?" (Alles Genannte ankreuzen!)

1 ☐ 2 ☐ 3 ☐ 4 ☐ 5 ☐ 6 ☐ 7 ☐ 8 ☐

- NICHTS DAVON ☐ 0
- UNENTSCHIEDEN ☐ 9

In der repräsentativen Halbgruppe A:

9. t INTERVIEWER überreicht gelbes Kartenspiel und **weißes** Bildblatt 2 !

"Es wird ja immer wieder verlangt, dass der Staat sparen soll. Aber darüber, in welchen Bereichen gespart werden sollte, gibt es unterschiedliche Meinungen. Hier auf diesen Karten stehen verschiedene Dinge, für die der Staat Geld ausgibt. Wenn Sie jetzt einmal diese Karten hier auf dieses Blatt verteilen, je nachdem, ob Sie meinen, hier sollte der Staat sparen, oder hier sollte er auf keinen Fall sparen. Karten, bei denen Sie sich nicht entscheiden können, legen Sie bitte einfach beiseite."
(Jeweils Zutreffendes ankreuzen!)

SPAREN:	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4	☐ 5	☐ 6	☐ 7	☐ 8	☐ 9	☐ 10
	☐ 11	☐ 12	☐ 13	☐ 14	☐ 15	☐ 16	☐ 17	☐ 18	☐ 19	☐ 20
AUF KEINEN FALL SPAREN:	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4	☐ 5	☐ 6	☐ 7	☐ 8	☐ 9	☐ 10
	☐ 11	☐ 12	☐ 13	☐ 14	☐ 15	☐ 16	☐ 17	☐ 18	☐ 19	☐ 20

In der repräsentativen Halbgruppe B:

9. t INTERVIEWER überreicht gelbes Kartenspiel und **weißes** Bildblatt 2 !

"Es gibt ja unterschiedliche Meinungen darüber, für welche Bereiche der Staat mehr Geld ausgeben sollte und für welche Bereiche nicht. Wenn Sie einmal diese Karten hier auf dieses Blatt verteilen, je nachdem, ob Sie meinen, hier sollte der Staat auf jeden Fall mehr Geld ausgeben oder hier ist das nicht notwendig. Karten, bei denen Sie sich nicht entscheiden können, legen Sie bitte einfach beiseite."
(Jeweils Zutreffendes ankreuzen!)

AUF JEDEN FALL MEHR GELD AUSGEBEN:	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4	☐ 5	☐ 6	☐ 7	☐ 8	☐ 9	☐ 10
	☐ 11	☐ 12	☐ 13	☐ 14	☐ 15	☐ 16	☐ 17	☐ 18	☐ 19	☐ 20
IST NICHT NOTWENDIG:	☐ 1	☐ 2	☐ 3	☐ 4	☐ 5	☐ 6	☐ 7	☐ 8	☐ 9	☐ 10
	☐ 11	☐ 12	☐ 13	☐ 14	☐ 15	☐ 16	☐ 17	☐ 18	☐ 19	☐ 20

10. "Neulich sagte jemand:
'So wie der Staat mit Geld umgeht, würde kein verantwortungsbewusster Mensch mit seinem Geld umgehen.'
Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"

SEHE DAS AUCH SO ..... ☐ 1
SEHE DAS NICHT SO..... ☐ 2
UNENTSCHIEDEN..... ☐ 3

An späterer Stelle im Interview:

11. "Noch einmal zur Wirtschaft:
Trauen Sie der Bundesregierung zu, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen, um die Wirtschaft in Deutschland zu stärken, oder trauen Sie ihr das nicht zu?"

TRAUE ES IHR ZU..... ☐ 1
TRAUE ES IHR NICHT ZU..... ☐ 2
UNENTSCHIEDEN..... ☐ 3

12. t INTERVIEWER überreicht **gelbe** Liste 3 !

"Was halten Sie für besonders wichtig, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu stärken? Bitte sagen Sie es mir nach dieser Liste." (Alles Genannte ankreuzen!)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

11	12	13	14	15	16	17
☐	☐	☐	☐	☐	☐	☐

NICHTS DAVON ..... ☐ 0

In der repräsentativen Halbgruppe A:

13. t "Wenn jemand sagt:
' Nur durch Wirtschaftswachstum lässt sich unser Wohlstand überhaupt erst erhalten und erhöhen.'
Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"

SEHE DAS AUCH SO ..... ☐ 1
SEHE DAS NICHT SO..... ☐ 2
UNENTSCHIEDEN..... ☐ 3

In der repräsentativen Halbgruppe B:

13. t "Wenn jemand sagt:
' Nur durch Wirtschaftswachstum lässt sich unser soziales Sicherungssystem überhaupt erst erhalten und ausbauen.'
Sehen Sie das auch so, oder sehen Sie das nicht so?"

SEHE DAS AUCH SO ..... ☐ 1
SEHE DAS NICHT SO..... ☐ 2
UNENTSCHIEDEN..... ☐ 3

In der repräsentativen Halbgruppe A:

14. "Die Anzahl der Beschäftigten im Staatsdienst ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Glauben Sie, das bringt Deutschland voran, oder schadet das Deutschland eher, oder weder noch?"

BRINGT DEUTSCHLAND VORAN ..... ☐ 1
SCHADET DEUTSCHLAND ..... ☐ 2
WEDER NOCH, UNENTSCHIEDEN .... ☐ 3

In der repräsentativen Halbgruppe B:

14. "Die Anzahl der Beschäftigten im Staatsdienst ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Glauben Sie, das bringt die Wirtschaft in Deutschland voran, oder schadet das der Wirtschaft eher, oder weder noch?"

BRINGT WIRTSCHAFT VORAN..... ☐ 1
SCHADET WIRTSCHAFT..... ☐ 2
WEDER NOCH, UNENTSCHIEDEN .... ☐ 3

---

15. T "Zu den Steuern:
Wenn Sie einmal an die Höhe aller Steuern und Abgaben in Deutschland denken:
Halten Sie die Steuern und Abgaben ganz allgemein für zu hoch, zu niedrig, oder für angemessen?"

ZU HOCH ..... ☐ 1
ZU NIEDRIG..... ☐ 2
ANGEMESSEN..... ☐ 3
UNENTSCHIEDEN ..... ☐ 4

In der repräsentativen Halbgruppe A:

16. "Wenn es nach Ihnen ginge:
Wie viel Prozent des Bruttoeinkommens sollte eine alleinstehende Person ohne Kinder höchstens an Steuern und Abgaben bezahlen, was fänden Sie gerade noch angemessen?"

☐☐ PROZENT

UNENTSCHIEDEN, SCHWER ZU SAGEN ..... ☐ Y

In der repräsentativen Halbgruppe B:

16. "Wenn es nach Ihnen ginge:
Wie viel Prozent des Bruttoeinkommens sollte eine alleinstehende Person ohne Kinder behalten können, nachdem Steuern und Abgaben abgezogen sind?"

☐☐ PROZENT

UNENTSCHIEDEN, SCHWER ZU SAGEN ..... ☐ Y

Nach einigen Zwischenfragen zu anderen Themen:

17. T "Zwei Fragen zum Euro:
Wie viel Vertrauen haben Sie zu der gemeinsamen europäischen Währung? Haben Sie ..."

"großes Vertrauen" ..... ☐ 1
"weniger Vertrauen" ..... ☐ 2
"kaum, gar kein Vertrauen" ..... ☐ 3
UNENTSCHIEDEN ..... ☐ 4

---

18. T "Wie schätzen Sie das ein:
Ist der Euro eine stabile Währung, oder machen Sie sich Sorgen, dass der Euro an Wert verlieren könnte?"

STABILE WÄHRUNG ..... ☐ 1
SORGE, VERLIERT AN WERT ..... ☐ 2
UNENTSCHIEDEN ..... ☐ 3

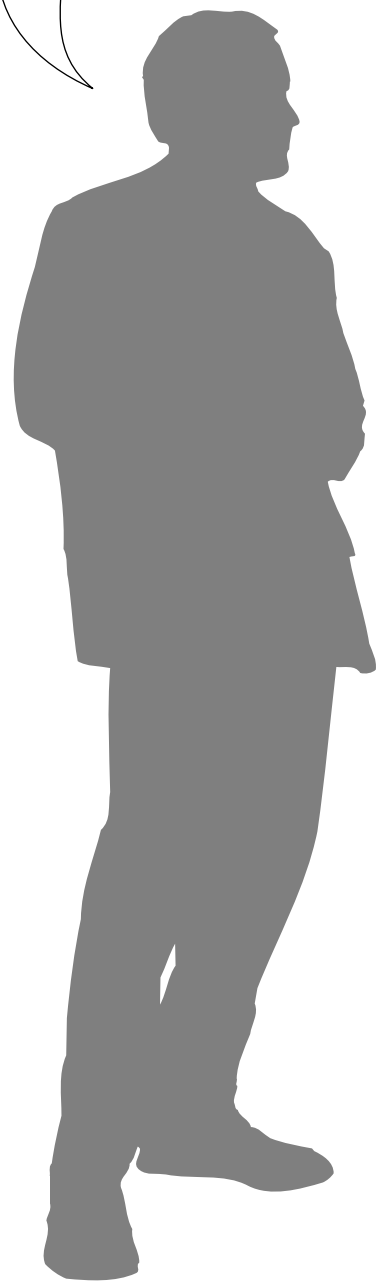
B I L D B L A T T 1

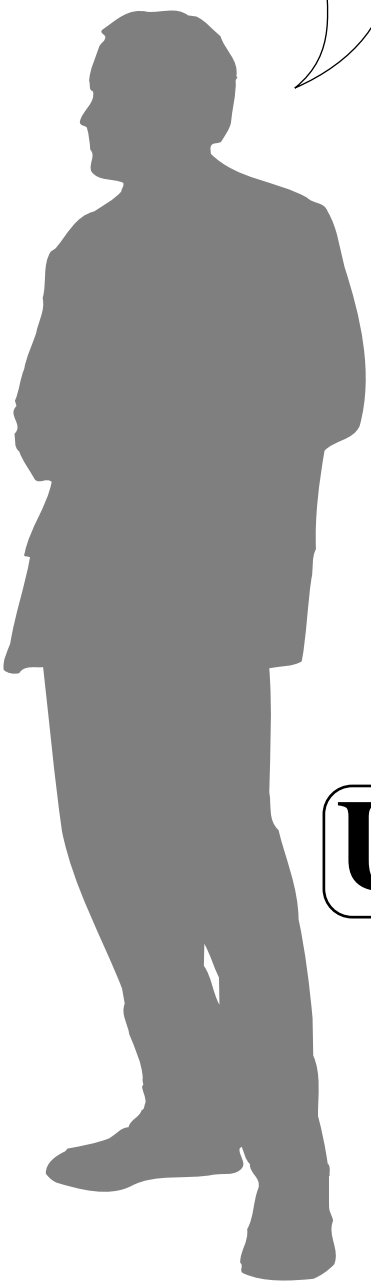
M

"Ich finde, die wachsende Staatsverschuldung ist kein großes Problem. Ein wohlhabendes Land wie Deutschland kann auch mit hohen Schulden gut leben."

"Das sehe ich anders. Die wachsende Staatsverschuldung ist ein ernstes Problem. Kommende Generationen werden durch die hohen Schulden stark belastet und haben weniger Geld für Ausgaben zur Verfügung."

O





U

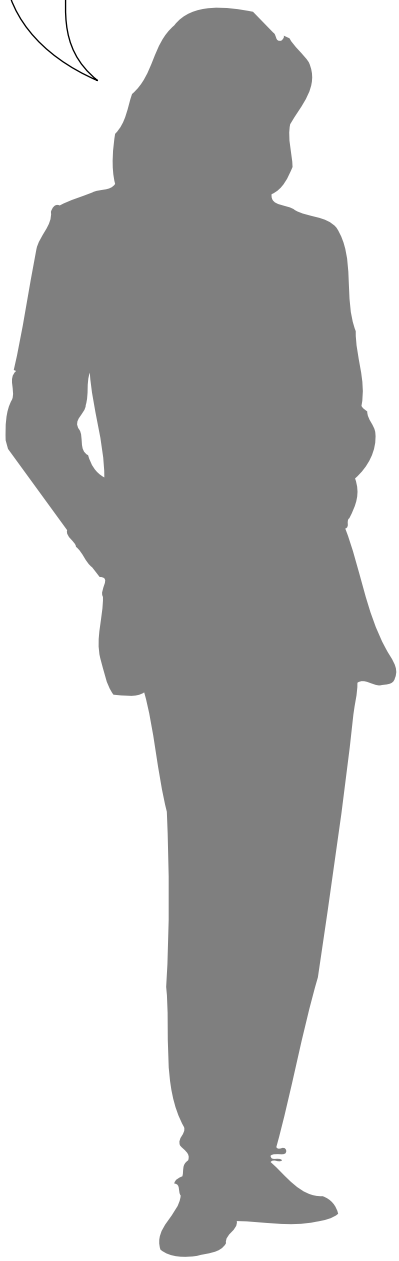
B I L D B L A T T 1

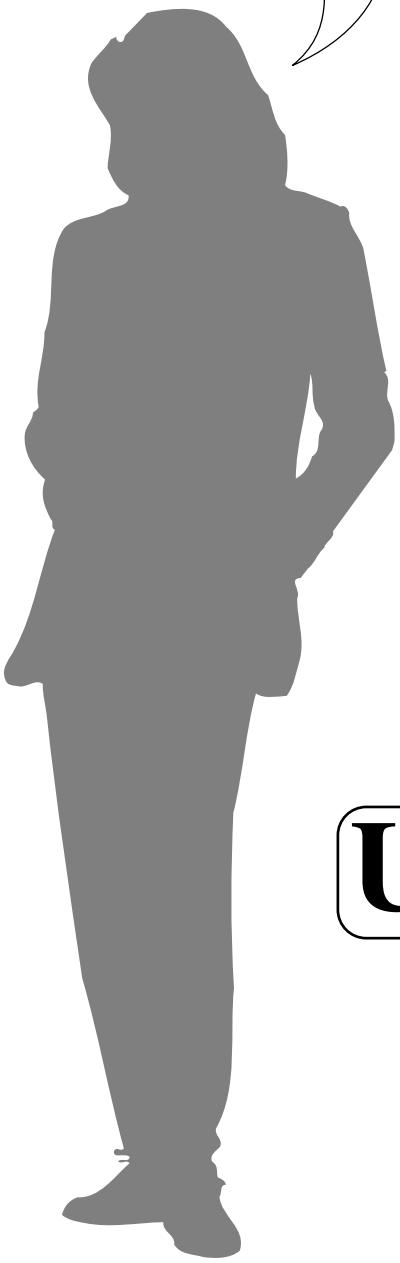
F

"Ich finde, die wachsende Staatsverschuldung ist kein großes Problem. Ein wohlhabendes Land wie Deutschland kann auch mit hohen Schulden gut leben."

"Das sehe ich anders. Die wachsende Staatsverschuldung ist ein ernstes Problem. Kommende Generationen werden durch die hohen Schulden stark belastet und haben weniger Geld für Ausgaben zur Verfügung."

O





U

L I S T E 1

Welche Risiken bringt die hohe Staatsverschuldung mit sich?

(1) Hohe Ausgaben für Zinsen

(2) Der Staat kann dann weniger investieren

(3) Der Euro verliert an Vertrauen und wird weniger stabil

(4) Schwächeres Wirtschaftswachstum

(5) Hohe Lasten für zukünftige Generationen

(6) Höheres Inflationsrisiko

(7) Nachlassende Kreditwürdigkeit des Staates

(8) Sinkendes Vertrauen in die staatliche Absicherung

B I L D B L A T T 2

HIER SOLLTE DER STAAT SPAREN:

HIER SOLLTE DER STAAT AUF KEINEN FALL SPAREN:

Zu Frage 9

13021/B

B I L D B L A T T 2

HIER SOLLTE DER STAAT AUF JEDEN FALL MEHR GELD AUSGEBEN:

IST NICHT NOTWENDIG:

L I S T E 3

(1) Die Steuern für Unternehmen senken

(2) Die Unternehmen bei den Energiekosten entlasten

(3) Die Auflagen für Klima- und Umweltschutz lockern

(4) Das Renteneintrittsalter erhöhen

(5) Die Wochenarbeitszeiten erhöhen

(6) Genehmigungsverfahren beschleunigen

(7) Dass es keine starken Lohn- und Gehaltssteigerungen gibt

(8) Die Infrastruktur sanieren und ausbauen

(9) Die Digitalisierung vorantreiben

(10) Die Verwaltung modernisieren

(11) Bürokratie abbauen

(12) Dass mehr Teilzeitbeschäftigte auf Vollzeit aufstocken

(13) Dass mehr Rentner noch nebenher arbeiten, etwas hinzuverdienen

(14) Anreize dafür schaffen, dass ältere Berufstätige später in Rente gehen

(15) Die Zuwanderung von Arbeitskräften erleichtern

(16) Forschung und Innovationen fördern

(17) Für solide Staatsfinanzen sorgen

Die folgenden Bogen wurden in einzelne Karten geschnitten, auf denen jeweils nur eine der Angaben zu lesen war.
Die Interviewer überreichten den Befragten die Karten in zufälliger Reihenfolge.

1

Bauen und Wohnen

1

2

Bildung und Forschung

2

3

Entwicklungshilfe

3

4

Förderung der Wirtschaft

4

5

Förderung von Familien

5

6.

Gesundheitswesen, Gesundheitsversorgung

6.

7

Ausbau und Sanierung des Schienennetzes

7

8

Innere Sicherheit, Polizei

8

9.

Integration von Flüchtlingen

9.

10

Klimaschutz, Nachhaltigkeit

10

11

Landwirtschaft, Ernährung

11

12

Rente

12

13

Sozialleistungen wie Bürgergeld

13

14

Staatsverwaltung

14

15

Verteidigung, Bundeswehr

15

16

Hilfen für die Ukraine

16

17

Finanzielle Unterstützung von Flüchtlingen

17

18

Ausbau und Sanierung des Straßennetzes

18

19

Digitalisierung

19

20

Förderung von erneuerbaren Energien

20